

**Rede von Brigitte Zypries, MdB
anlässlich der Debatte
zur 1. Lesung des Haushaltes des BKM
am 20. Januar 2010**

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Präsident,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Haushalt des Beauftragten für Kultur und Medien sieht auf den ersten Blick gut aus – es gibt keine Kürzungen in der Kultur- und Medienpolitik des Bundes. Ja, es gibt sogar eine moderate Steigerung. Diese allerdings werden wir uns in den Ausschussberatungen genau ansehen. Ich hoffe sehr, dass die Steigerung nicht nur durch die tarifvertragliche Erhöhung bei den Personalkosten bedingt ist.

Die schlechte Nachricht aber ist: In Wahrheit findet natürlich doch eine Kürzung bei den wichtigsten Akteuren der Kultur in unserem Lande statt – nämlich bei den Kommunen. Das liegt nun nicht an dem Haushalt des BKM, sondern an sonstigen Entscheidungen, die diese Regierungskoalition in ihren ersten hundert Tagen bereits getroffen und umgesetzt hat. Durch das sogenannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz werden den Kommunen mindestens 1,6 Milliarden Euro pro Jahr zusätzlich in ihren Kassen fehlen. Das ist ein Aderlass, den die Kommunen nicht mehr verkraften können – denn die Städte und Gemeinden müssen aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise ohnehin Steuermindereinnahmen von etwa 14 Milliarden Euro in 2010 gegenüber 2008 hinnehmen. Viele Städte und Gemeinden sind deshalb bereits heute finanziell nicht mehr in der Lage, freiwillige Leistungen in dem Umfang anzubieten, wie sie es gerne würden. Gerade die freiwilligen Ausgaben prägen aber das Leben der Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Bibliotheken, Schwimmbäder, Theater, freie Kulturszene – das alles ist ein Stück Lebensqualität und ein Kernstück kommunaler Selbstverwaltung.

Welche Sparmaßnahmen überlegen die Kommunen noch aufgrund dieser Situation? In der Presse aufgelistet findet man neben der erwogenen Theaterschließung in Wuppertal zahlreiche Einschränkungen bei den kulturellen Förderungen bis hin zu Schließungen von Musikschulen. Otto Schily hat bei seiner Amtsübernahme 1998 gesagt: „Wer Musikschulen schließt, gefährdet die innere Sicherheit.“ Damit hat er exemplarisch deutlich gemacht, welche Bedeutung die Kultur für unsere Gesellschaft hat. Es geht nicht nur um das sogenannte Bildungsbürgertum, das sich bei den Theaterpremierer der Stadt trifft. Nein, es geht vor allen Dingen auch darum, dass man kleine alternative Kulturangebote machen kann, die den Jugendlichen Alternativen zu Internet und Fernsehen aufzeigen. Angebote, die ihnen deutlich machen, welche Bedeutung das Spielen eines Instruments haben kann – beispielsweise durch das Projekt „Ein Musikinstrument für jedes Kind“. Oder die freien Theaterprojekte, wie das Projekt der „Atriden“ in meinem Wahlkreis Darmstadt, bei dem 90 Menschen aus 14 verschiedenen Nationen zwischen 14 und 70 Jahren gemeinsam ein antikes Stück einstudierten und dabei viel mehr lernten, als „nur“ Theater spielen.

Diese wichtige Aufgabe von Kulturarbeit geht verloren, wenn wir die Kommunen finanziell ausbluten. Und es wird schwer sein, diese kulturelle Substanz, wenn sie einmal verloren ist, wieder aufzubauen. Auch deshalb ist das sogenannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz in seinen Auswirkungen so verheerend.

Anrede,

die eben skizzierten Überlegungen zur Bedeutung der Kultur sind der Grund für die SPD, sich für eine Einführung des Staatsziels „Kultur“ in die Verfassung einzusetzen. Wir wollen damit die umfassende Bedeutung von Kultur für unsere Gesellschaft auch in der Verfassung zum Ausdruck bringen. Unterstützung gab es in der letzten Legislatur dafür von Staatsminister Neumann und auch von dem Kollegen Otto von der FDP – im Koalitionsvertrag allerdings findet man dazu nichts. Dort steht vielmehr, dass die Rahmenbedingungen für private Kulturförderung verbessert werden müssen – also eine deutliche Akzentverschiebung: Weg von der öffentlich geförderten Kultur hin zur privaten Kulturförderung. Dies ist nicht der Weg, den wir Sozialdemokraten für richtig halten.

Es zeigt sich: Nicht nur in der Steuerpolitik gibt die Koalition nach knapp 100 Tagen im Amt ein verheerendes Zeugnis ab. Auch bei der Kultur- und Medienpolitik ist der Start von Union und FDP völlig missraten: Ich erinnere an den Fall Brender im ZDF. Herr Staatsminister, Sie hätten die Unabhängigkeit des Rundfunks achten und verteidigen müssen! Oder auch das wirklich unwürdige Geschachere um die „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“. Das Verhalten des BdV und seiner Präsidentin belastet das deutsch-polnische Verhältnis erheblich und hat auch die Stiftung nachhaltig beschädigt.

Anrede,

in einzelnen Bereichen des Haushalts halten wir eine andere Akzentsetzung für richtig: Der Haushalt sieht nichts vor für die geplante Digitalisierung der Kinos. Herr Staatsminister, Ihre Bemühungen für den Film in allen Ehren – aber die kleinen Kinos in den Städten und auf dem Land brauchen unsere Unterstützung, brauchen eine finanzielle Förderung, wenn sie nicht vollständig vernichtet werden sollen durch die Finanzkraft der großen Ketten. Deshalb legen Sie bitte eine Zeitachse für Ihre Pläne vor, erläutern Sie die Modalitäten und lassen Sie uns über das notwendige Volumen für eine Unterstützung für die kleinen Kinos reden.

Kunst ohne Künstler geht nicht: Deshalb ist die Förderung von Projekten und Programmen durch die Kulturstiftung des Bundes so wichtig. Hier sollte unbedingt eine Aufstockung erfolgen.

Auch die Rahmenbedingungen für die Künstler müssen stimmen. Deshalb müssen wir die Künstlersozialversicherung stabilisieren. Ich fordere die Bundesregierung auf zu erklären, dass sie nicht den Weg der schwarz-gelben Landesregierung Baden-Württemberg geht, die im Bundesrat eine Abschaffung der Künstlersozialversicherung beantragt hatte.

Thema Internet: Der Vorschlag für die Einsetzung einer Enquete-Kommission zum Internet ist grundsätzlich gut – wir würde aber gerne noch fehlende Aspekte einbringen. Es fehlt zum Beispiel die derzeitige gesellschaftliche Debatte um das Internet völlig: Welche politischen und soziologischen Auswirkungen hat das Internet auf unsere Gesellschaft? Haben Sie schon mal überlegt, wie das Internet Ihr Denken verändert hat?

In diesen Zusammenhang gehören auch die Stärkung der Medienkompetenz und der informationellen und kommunikativen Selbstbestimmung, beispielsweise in den neuen sozialen Netzwerken sowie die Sammlung und Verwertung von Daten durch Unternehmen wie Google. Wir sollten im Ausschuss auch darüber diskutieren, ob die Förderung der Internetsuchmaschine für Kinder „fragfinn.de“ im Zusammenhang mit der Initiative „Ein Netz für Kinder“ mit einer Million Euro der richtige Weg ist. Die Alternative wäre die Stärkung der Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen im Rahmen der kommerziellen Angebote.

Anrede,

es gibt also im Ausschuss durchaus Diskussionsbedarf – die SPD wird sich konstruktiv beteiligen.